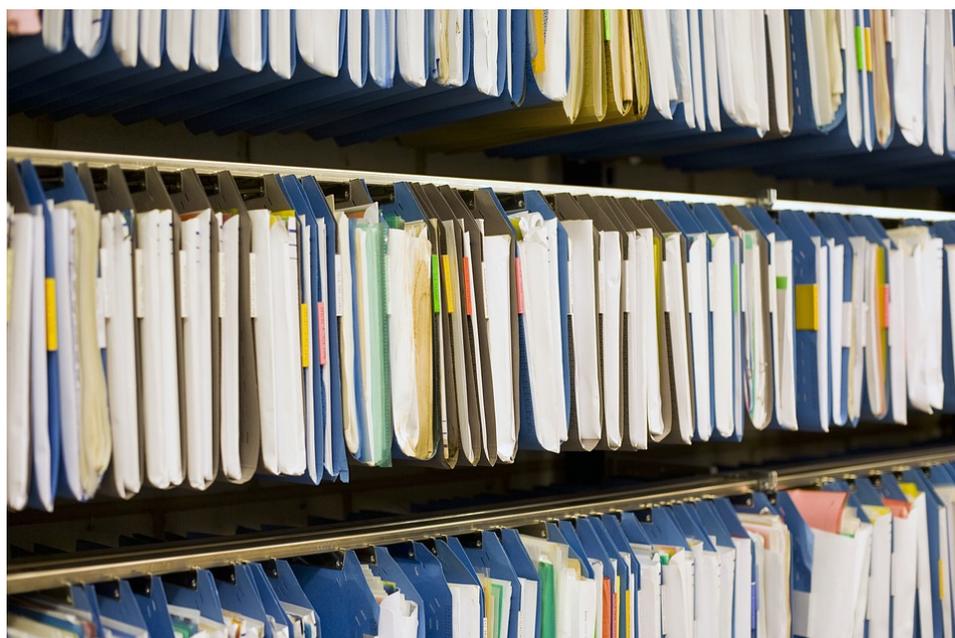


Verwaltung kostet: 22% der Grundsicherung fließen in Bürokratie

Der Staat wendet 5,25 Mrd. Euro auf, um 23,7 Mrd. Bürgergeld zu verwalten – Nutzer auf X kritisieren hohe Verwaltungskosten.



Berlin. – Die Frage nach den hohen Kosten für die Verwaltung von Unterstützungsleistungen hat erneut die Gemüter erregt. Ein Nutzer auf der Plattform X fragte öffentlich nach den Verwaltungsausgaben, die zur Verteilung des Bürgergeldes anfallen. Hierbei stieß er auf erhebliche Summen, die nicht nur Diskussionen schürten, sondern auch für Kritik sorgten.

Der Abgeordnete Wolfgang Kubicki von der FDP zeigte sich über die mangelnde Transparenz verärgert und wies darauf hin, dass Informationen über die genauen Verwaltungskosten oft nur schwer zugänglich seien. Er kritisierte, dass man diese Zahlen nirgendwo finden könne, was zu Spekulationen und Misstrauen führt.

Verwaltungskosten - Ein beunruhigendes Ausmaß

In den Kommentaren auf X diskutierten Nutzer darüber, dass etwa 20 Prozent der Bürgergeldmittel für die Verwaltung aufgewendet werden. Dieses Verhältnis zeigt deutlich, wie groß der Verwaltungsapparat ist, der für die Umverteilung notwendig ist. Tatsächlich kommen einige Stimmen in den sozialen Medien sogar zu dem Schluss, dass diese Verwaltungskosten wie ein „Regierungsgeheimnis“ gehütet werden.

Laut einer Bundestagsmitteilung belaufen sich die geschätzten Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende auf satte 5,25 Milliarden Euro - und das alleine für das Jahr 2023. Ursprünglich waren 5,05 Milliarden Euro veranschlagt, was einer Überschreitung von 200 Millionen Euro entspricht. Diese Zahlen machen deutlich: Die Verwaltung schluckt einen erheblichen Teil der zur Verfügung stehenden Mittel.

Genaugenommen bedeutet das, dass der Staat 5,25 Milliarden Euro benötigt, um insgesamt 23,7 Milliarden Euro an Arbeitslosengeld II beziehungsweise Bürgergeld zu verwalten. Damit fließen rund 22 Prozent des gesamten Budgets in die Verwaltung und nicht direkt in die Unterstützung der Menschen, für die das Geld eigentlich bestimmt ist.

Ein Nutzer resümierte pointiert: „Die Grundsicherung sichert offenbar vor allem Beamtenjobs. Sowas ...“. Diese Aussage spiegelt die Meinung vieler wider, dass ein Großteil der Mittel eher dafür aufgewendet wird, die Verwaltung und ihre Beschäftigten zu finanzieren, statt den eigentlichen Empfängern der Hilfe zugutekommen zu lassen.

Kritik an der Intransparenz und Forderungen nach Klarheit

In den Diskussionen um die Verwaltungskosten des Bürgergeldes wird immer wieder der Wunsch nach mehr Transparenz laut. Viele Bürger fühlen sich im Unklaren gelassen über die tatsächlichen Ausgaben und Hintergründe, was zu wachsender Unzufriedenheit führt. Menschen fragen sich, ob ein effizienteres Verwaltungssystem nicht möglich wäre und fordern mehr Einblick in die Verteilung der Mittel.

„Dass Verwaltung Geld kostet, ist klar. Aber warum findet man nirgendwo konkrete Zahlen dazu?“ fragt ein verärgelter Kommentator. Solche Meinungen sind weit verbreitet, und die Forderung nach mehr Transparenz und Klarheit in der Verwaltung der Mittel schallt immer lauter.

Notwendigkeit von Verwaltungsoptimierungen

Die aktuellen Debatten lassen kaum Zweifel daran: Es besteht dringender Handlungsbedarf, um die Verwaltungskosten transparenter zu machen und möglicherweise auch zu senken. Dabei geht es nicht nur um eine bessere Information der Öffentlichkeit, sondern auch um die tatsächliche Effizienz der Mittelverwendung.

Die Frage bleibt im Raum, wie ein System aussehen könnte, das weniger in die Verwaltung fließt und mehr direkt den Bedürftigen zugutekommt. Sind strukturelle Reformen notwendig? Muss die Bürokratie entschlackt und Verwaltungsprozesse optimiert werden?

Eine mögliche Lösung könnte in der Digitalisierung und Automatisierung von Prozessen liegen. Viele administrative Aufgaben könnten durch moderne Technologien effizienter gestaltet werden, was langfristig zu Kosteneinsparungen führen könnte. Es bedarf jedoch politischer Willenskraft und Investitionen in diese Technologien, um solche Veränderungen umzusetzen.

Abschließend lässt sich sagen, dass das Thema der Verwaltungskosten von Unterstützungsleistungen nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein gesellschaftlich relevantes Thema ist. Angesichts der hohen Summen, die hier im Raum stehen, ist eine offene und transparente Diskussion darüber, wie diese Gelder verwaltet und verteilt werden, unerlässlich.

Internationale Vergleiche der Verwaltungskosten

Ein Blick über die Landesgrenzen hinweg zeigt, dass Deutschland in Sachen Verwaltungskosten nicht allein dasteht. Beispielsweise belaufen sich die Verwaltungskosten für Sozialleistungen in den USA auf etwa 10 Prozent des verteilten Betrags, während in Großbritannien etwa 15 Prozent für administrative Aufgaben aufgewendet werden. Dennoch bleibt Deutschland mit geschätzten 20 Prozent über dem Durchschnitt vieler Industrieländer, was die Effizienz der Verwaltung in Frage stellt.

Eine Studie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) legt nahe, dass es erhebliche Unterschiede in der Effizienz der Verwaltungskosten zwischen den Mitgliedsländern gibt. Während Länder wie Dänemark und Schweden für ihre effiziente Verwaltung bekannt sind, kämpfen andere Staaten, darunter auch Deutschland, mit vergleichsweise hohen Kosten.

Mehr Informationen dazu finden Sie auf der **Homepage der OECD**.

Herausforderungen und Reformvorschläge

Die hohen Verwaltungskosten rufen immer wieder Kritiker auf den Plan, die eine Reform des bürokratischen Apparats fordern. Eines der Hauptargumente ist, dass durch eine effizientere Verwaltung mehr Gelder direkt den Bedürftigen zugutekommen

könnten. Vorschläge umfassen digitale Lösungen zur Vereinfachung administrativer Prozesse sowie eine Reduzierung der Bürokratie durch standardisierte Verfahren.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) betonte kürzlich in einer Rede im Bundestag, dass „eine effiziente Verwaltung nicht nur Kosten spart, sondern auch die Akzeptanz staatlicher Leistungen erhöht“. Auch im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung wird die Modernisierung der Verwaltung als Ziel genannt.

Aktuelle Meinungsumfragen und Statistiken

Die Ergebnisse aktueller Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Verwaltungskosten im Sozialwesen als zu hoch empfindet. Eine Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Forsa von 2023 ergab, dass rund 68 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass zu viel Geld für administrative Aufgaben ausgegeben wird. Nur 21 Prozent gaben an, mit den aktuellen Kosten einverstanden zu sein.

Des Weiteren zeigt eine Analyse des Statistischen Bundesamts, dass die Verwaltungskosten für Sozialleistungen in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen sind. Diese Entwicklung wird zum Teil durch die zunehmende Komplexität der Regeln und Vorschriften erklärt, die einen höheren administrativen Aufwand erfordern.

Aktuelle Statistiken und mehr finden Sie auf der **Homepage des Statistischen Bundesamts**.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de